Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL

documenta-Stadt

Kassel, 2. September 2013

Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

Genehmigungspraxis von gewerblichen Sammlungen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.982 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten, sich beim Land Hessen dafür einzusetzen, dass der Regierungspräsident im Rahmen der Genehmigungspraxis von gewerblichen Sammlungen gemäß § 17/18 Kreislaufwirtschaftsgesetz bei Nichtvorliegen der Sach- und Fachkunde von Antrag stellenden Firmen, diesen die Genehmigung versagt.
>
> Darüber hinaus ist das Land aufzufordern, dass bei einer möglichen Abwägung der ökologischen und rechtlichen Rahmenbedingungen (Schutz des leistungsfähigeren Angebotes des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers und des Vertrauensschutzes des Antragstellers) eine befristete Genehmigung in vertretbaren Übergangsfristen zu wählen ist.
>
> Weiterhin soll darauf hingewirkt werden, dass die Genehmigungen wie in anderen Bundesländern auch, auf die Unteren Abfallbehörden übertragen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer
Ablehnung: CDU, FDP
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

> Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Genehmigungspraxis von gewerblichen Sammlungen, 101.17.982, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin